

## Die Ergebnisse der Wahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 – Wahlbericht und erste Analyse

### Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
II.	Das Parteien- und Wahlsystem in Baden-Württemberg.....	4
	a) Das Wahlrecht.....	4
	b) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl am 27. März 2011.....	5
	c) Die Mehrheitsverhältnisse nach dieser Landtagswahl: Erosion der CDU und Aufstieg der Grünen.....	9
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen.....	14
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“.....	14
	b) Ausgeprägte Wechselstimmung und mehrheitliche Unzufriedenheit mit der Landesregierung.....	16
	c) Wahlentscheidende Themen und Kompetenzen der Parteien.....	18
	d) Die Kontroverse um das Bahnprojekt Stuttgart 21.....	19
	e) Die Kontroverse um die Stilllegung von Atomreaktoren.....	20
	f) Ansichten über die Parteien.....	22
	g) Persönlichkeitsbewertung.....	23
IV.	Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf den Bundesrat.....	26
	a) Auswirkungen auf den Bundesrat.....	26
	b) Bestimmungsmomente der Wahlniederlage der LINKEN in Baden-Württemberg.....	27
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse.....	29
	a) Die Wähler/-innenwanderung und Wähler/-innenmobilisierung.....	29
	b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses.....	31
	c) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses.....	32
	Wahlbericht / Die Autoren / Vorbehalt.....	33

## I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg beendete eine 58jährigen CDU-Herrschaft. Die „regierende Partei“ im Lande blieb zwar stärkste Kraft, aber besitzt mit ihrem bisherigen Koalitionspartner FDP keine Regierungsmehrheit mehr. Der Verlust des „konservativen Stammlandes“ der CDU wird vermutlich keine aktuellen Auswirkungen auf die Bundesregierung haben. Er wird jedoch alsbald die Auseinandersetzungen in der CDU zwischen „Wertkonservativen“ und „Modernisierern“ verschärfen und den Merkel'schen Pragmatismus auf eine harte Probe stellen. Der Zenit der Kanzlerschaft von Angela Merkel könnte überschritten sein.

**Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27.03.2011**

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2011					
			CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Sonstige
Baden-Württemberg	%	66,2	39,0	23,1	24,2	5,3	2,8	5,6
	Sitze	138	60	35	36	7		
<b>Vorherige Landtagswahl</b>								
Baden-Württemberg	%	53,4	44,2	25,2	11,7	10,7	3,1	5,3
	Sitze	139	69	38	17	15		
<b>Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl</b>								
Baden-Württemberg		+12,8	-5,2	-2,1	12,5	-5,4	-0,3	0,3
	Sitze	-1	-9	-3	19	-8		

Das Ende der CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg geht einher mit dem bisher größten Wahlerfolg der Grünen bei einer Landtagswahl. Die Grünen werden stärker als die SPD und können erstmals in einem Bundesland den Ministerpräsidenten in einer Koalition mit der SPD stellen.

Für die SPD bedeutet eine Juniorpartnerschaft unter Führung der Grünen, erstmals den Führungsanspruch in einer linken Regierungskonstellation preisgeben zu müssen. Auch hiervon werden noch nicht absehbare Auswirkungen auf zukünftige Regierungsbildungen in den Ländern ausgehen.

Die Ablösung eines schwarzen Ministerpräsidenten durch einen grünen Ministerpräsidenten im Land von Daimler, Bosch und anderen Vorzeigefirmen der deutschen Metall- und Exportindustrie hat weit über die Landesergebnisse hinaus Bedeutung und Symbolkraft. Es ist ein Votum für eine forcierte „ökologische“ Wende in der Energie- und Industriepolitik, nicht nur eine tagesaktuelle Reaktion auf die Dreifach-Katastrophe in Japan und die unglaubliche Wende der Bundeskanzlerin in der deutschen Atompolitik.

Die Vorzeichen im Land waren auf Regierungswechsel gestellt. Der geringen Zufriedenheit mit der Landesregierung korrespondierte eine hohe Zustimmung für eine Regierungsbildung von SPD und Grünen. Die Aussicht, dass die Grünen erstmals vor der SPD liegen könnten, erhöhte die Mobilisierung zu den Landtagswahlen. In den letzten zwei Wochen spitzte sich der Wahlkampf unter dem Eindruck der japanischen Katastrophe nochmals auf Schwarzgelb versus Rotgrün zu.

Die **Wahlbeteiligung** erhöhte sich um 12,8 Prozentpunkte. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler stieg um 25,8% bzw. 1,037 Mio. Wahlberechtigte. Die gestiegene Wahlbeteiligung führte dazu, dass alle Parteien absolut Stimmen hinzugewannen – mit Ausnahme der FDP, die fast 160.000 Stimmen verlor.

Die **CDU** mit Ministerpräsident Stefan Mappus verlor 5,2 Prozentpunkte und 9 Landtags-Sitze. Sie erreichte auch nur noch 60 statt 69 Direktmandate. Mit 39,0 Prozent der gültigen Stimmen erreichte sie ihr schlechtestes Ergebnis seit 1952. Allerdings hatte sich auch bei der Wahl 1992 nur 39,6% der Stimmen erzielt.

Die **SPD** verlor nochmals 2,1 Prozentpunkte und erreichte nur noch 23,1%, das schlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg, aber deutlich mehr als die 19,3% bei der vergangenen Bundestagswahl. Die SPD erreichte wieder ein Direktmandat.

Die **Grünen** verdoppelten ihren Stimmenanteil auf 24,2 Prozent (+12,5%). Die Zahl ihrer Abgeordneten stieg von 17 auf 36. Sie eroberten neun Wahlkreise direkt. Das Ausmaß des grünen Erdrutsches verdeutlicht der Blick auf die vergangene Bundestagswahl, bei der die Grünen mit 13,9% ebenfalls bereits überdurchschnittlich gut abgeschnitten hatten. Sie erhöhten die Zahl der absoluten Stimmen nochmals um 450.000 gegenüber der Bundestagswahl, ein Plus von fast 60%.

Die FDP hat den Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag, im „liberalen Stammland“ knapp geschafft. Sie halbierte ihren Stimmenanteil und verlor 8 von 15 Landtagssitzen. Mehr noch, sie erreichte nur noch ein Viertel der Wählerinnen und Wähler der Bundestagswahl 2009 und weniger als zwei Drittel ihrer Wählerinnen und Wähler bei der letzten Landtagswahl. Hinsichtlich der absoluten Stimmen ist die FDP die Verliererin des Abends.

**DIE LINKE** verfehlte ihr Wahlziel, den Einzug in den Landtag, deutlich. Mit 2,8% erreichte sie nicht einmal das Ergebnis der WASG von 2006. An absoluten Stimmen legte sie aber um 17.800 oder knapp 15% zu. Allerdings blieb sie weit entfernt von den 7,2% bei der vergangenen Bundestagswahl und erreichte auch nur noch 36% der damaligen Stimmen. Als Ursachen lassen sich am Wahlabend ad hoc vor allem zwei Faktoren nennen: das dominierende Thema der Atom-/Energie- und Umweltpolitik gilt weithin nicht als Thema der Linken und sie vermochte es offensichtlich auch nicht, es mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit wahlentscheidend zu verbinden. Zweitens verlor in den letzten Tagen vor der Wahl die These, dass nur bei einem Einzug der Linken Mappus abgewählt sei, angesichts der Umfragen an Durchschlagskraft. Wähler und Wählerinnen, die ihre Entscheidung unter taktischen Gesichtspunkten – Wer soll zukünftig regieren – treffen, entschieden sich direkt für Grüne oder SPD.

## II. Das Parteien- und Wahlsystem in Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg entstand in Folge der Volksabstimmung von 1951 am 25. April 1952. Damit gingen die Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden im neuen Südweststaat auf.<sup>1</sup>

Sowohl das Wahlrecht als auch der politische Wettbewerb und Verfahren der Ämtervergabe sind durch eine starke Betonung der Regionen in diesem bislang einzig erfolgreichen Beispiel einer Länderneugliederung in der Bundesrepublik Deutschland geprägt.

### a) Das Wahlrecht

Der baden-württembergische Landtag setzt sich aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen, die in derzeit 70 Wahlkreisen bestimmt werden. Dabei ist das Wahlrecht in Baden-Württemberg durch eine Reihe von regionalen Besonderheiten geprägt, die den Südweststaat von den anderen Ländern und dem Bundeswahlrecht vermutlich mindestens genauso abheben, wie das Hamburger Wahlrecht den norddeutschen Stadtstaat.

Nach Art. 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg werden die Abgeordneten nach einem Verfahren gewählt, „das die Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl verbindet“. Dies bedeutet also, Mechanismen der Persönlichkeitswahl von denen der Verhältniswahl zu differenzieren.

Die Parteien stellen entsprechend der Persönlichkeitswahl keine Regional- oder Landeslisten auf, sondern nominieren allein Kandidatinnen und Kandidaten in allen 70 Wahlkreisen (§ 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz - LWG))<sup>2</sup>. Gemäß § 1 Abs. 3 LWG hat jede Wählerin und jeder Wähler eine Stimme. Gewählt ist, wer im Wahlkreis die höchste Stimmzahl auf sich vereinigen kann (§ 2 Abs. 3 LWG).

Gemäß den Grundsätzen der Verhältniswahl wird in einer doppelten Auszählung der abgegebenen Wahlstimmen die Anzahl der gewonnenen Landtagsmandate pro Partei ermittelt.

Während bis einschließlich der Wahl 2006 die Aufteilung der 120 Mandate auf die einzelnen Parteien gemäß ihrem landesweiten Wahlergebnis nach dem *d'Hondtschen*-Höchstzählverfahren erfolgte, wird mit der Landtagswahl 2011 erstmals das auch bei Bundestagswahlen verwendete Zählverfahren nach *Sainte-Laguë/Schepers* verwendet.

Diejenigen Parteien, denen der Sprung über die 5%-Hürde nicht gelingt, bleiben dabei unberücksichtigt.

Sodann werden, gemäß § 2 Abs. 2 LWG „Die jeder Partei im Land zustehenden Sitze (...) auf die Regierungsbezirke im Verhältnis der von ihr dort erreichten Stimmzahlen nach dem in Absatz 1 Satz 1 festgelegten Höchstzahlverfahren verteilt.“ Nach Abs. 3 Satz werden im Falle, dass einer Partei in einem Regierungsbezirk mehr Landtagsmandate zustehen, als sie Wahlkreisgewinner vorweisen kann, für die rechtlichen Mandate die Wahlkreisandidaten mit den höchsten prozentualen Stimmenanteilen im Regierungsbezirk berücksichtigt. Liegt die Anzahl der zustehenden Mandate hingegen unter der Anzahl der Wahlkreisgewinner, verbleiben diese als Überhangmandate und werden zu Wahrung der Mehrheitsverhältnisse im jeweiligen Regierungsbezirk gegebenenfalls durch Ausgleichsmandate für andere Parteien kompensiert. Diese Regelung führt dazu, dass das Verhältnis der Regierungsbezirke sich im Landtag verschiebt und die Anzahl der Abgeordneten erhöht wird.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2002, Länderneugliederung. Ein Modell für Ostdeutschland, Opladen, S. 72ff.

<sup>2</sup> Gesetz über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2005, GBl. 2005, 384.

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich Eith 2008, Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 105.

Die zur Landtagswahl 2011 erstmals Anwendung findenden Neuregelungen im Landtagswahlgesetz sollen dazu dienen, zwei bisherige Ungerechtigkeiten des baden-württembergischen Wahlrechts abzumildern:

- Zum einen verschafft das bis 2006 verwendete Höchstzählverfahren nach d'Hondt größeren Parteien einen leichten Vorteil, während das Zählverfahren nach Hare-Niemeyer kleinere Parteien vergleichsweise begünstigt. Das Zählverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers zwar mit dem Verfahren nach D'Hondt vergleichbar, nur treten die Verzerrungen zu Gunsten großer Parteien nicht auf. Die Sitzzuteilung nach Sainte-Laguë verhält sich neutral zur Stärke der Parteien.<sup>4</sup>
- Zum anderen bevorzugte das bis 2006 angewendete Verfahren, dass bei der Mandatsvergabe nach der Zweitauszählung die absolute Stimmenzahl den Ausschlag gab die Kandidaten größerer Wahlkreise, in der die abgegebenen Stimmen naturgemäß höher sind als bei kleineren Wahlkreisen. Nunmehr ist das prozentuale Ergebnis entscheidend.

Angesichts der Möglichkeit eines Regierungswechsels in Folge dieser Landtagswahl nahm die öffentliche Bedeutung der Konsequenzen des baden-württembergischen Wahlrechts und der ihm immanenten Verzerrungen zu. In den Medien und der politischen Kommunikation der Parteien wurde über die Frage spekuliert, ob die CDU möglicherweise überproportional mehr Mandate im Landtag erhalten könne, als ihr nach den abgegebenen Stimmen tatsächlich zustehen würden. Die LINKE beispielsweise formulierte: *„Damit die Nachteile des Einstimmenwahlrechts in Baden-Württemberg nicht zum Wohle der Partei mit den meisten Direktmandaten, vermutlich wieder der CDU, werden muss DIE LINKE in den Landtag kommen. Sonst besteht die Gefahr, dass durch das pauschale Abrunden der Überhangmandate in den einzelnen Regierungsbezirken die CDU mehr Abgeordnete bekommt wie ihr anteilig zustehen würden. Im jetzigen Landtag hat die CDU 49,6 Prozent der Sitze, obwohl ihr laut Wahlergebnis nur 44,2 Prozent zukommen durften.“*<sup>5</sup>

Die Grünen hatten sich vom Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft der Zeppelin-Universität Friedrichshafen einmal in einer Simulation<sup>6</sup> darstellen lassen. Zwar fasste Strohschneider die Ergebnisse im FREITAG dergestalt zusammen, dass *„die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer ungerechtfertigten Mehrheit von Schwarz-Gelb‘ kommt, obwohl CDU und FDP weniger Stimmen als Rot-Grün haben“*, zwar nicht besonders groß ist, zumal Behnke in seine Simulation auch nicht den möglichen Einzug der Linkspartei in den Landtag einbezogen hatte. *„Tritt aber ein, was möglich ist, sieht der Politikwissenschaftler ‚eine Art von demokratietheoretischem GAU‘ kommen und prognostiziert ‚schwerwiegende Folgen für die empfundene Legitimität einer Regierung‘.“*<sup>7</sup>

## **b) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl am 27. März 2011**

In seiner Analyse des baden-württembergischen Parteiensystems<sup>8</sup> differenziert Eith wie folgt:

- Die formative Phase des Parteiensystems in den 1950er und 1960er Jahren
- Der Aufstieg der CDU zur „Landespartei“
- Die Ausdifferenzierung des politischen Wettbewerbs seit den 1980er Jahren.

Es spricht viel dafür, sich auch in dieser kurzen Darstellung an dieser Phaseneinteilung zu orientieren.

---

<sup>4</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Sainte-Lagu%C3%AB-Verfahren>.

<sup>5</sup> <http://dielinke-in-den-landtag.de/wahlrecht-bevorzugt-die-cdu/>.

<sup>6</sup> Joachim Behnke 2011, Überhangmandate und Ausgleichsmandate bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011: eine Simulation. Gutachten für die Fraktion B90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, [http://www.zeppelin-university.de/deutsch/lehrstuehle/politikwissenschaft/Effekt\\_Ausgleichsregelung.pdf](http://www.zeppelin-university.de/deutsch/lehrstuehle/politikwissenschaft/Effekt_Ausgleichsregelung.pdf).

<sup>7</sup> Tom Strohschneider, Die Hoffnung des Herrn Mappus, in: FREITAG, <http://www.freitag.de/politik/1112-die-hoffnung-des-herrn-mappus>.

<sup>8</sup> Eith 2008, a.a.O., S. 107ff.

### Die formative Phase des Parteiensystems in den 1950er und 1960er Jahren

Ebenso wie in Rheinland-Pfalz begünstigte die Soziostruktur des Landes die CDU, der es gelang, an die vom politischen Katholizismus geprägten Traditionen der Weimarer Zentrumspartei anzuknüpfen. Bereits früh *„kristallisierten sich die katholischen Wahlkreise im Süden des Landes, in Mittelbaden zwischen Offenburg und Rastatt sowie diejenigen des Main-Tauber- und Ostalbkreises als verlässliche christdemokratische Hochburgen heraus. Die im Kulturkampf zusammengeschweißten katholischen Milieus Baden-Württembergs – insbesondere Oberschwabens – bildeten bis in die 1980er Jahre schier unüberwindbare Bastionen der Union.“*<sup>9</sup>

Der liberale bzw. pietistische Protestantismus, die zweite relevante Strömung und religiöser Widerpart der Union in der Wählerschaft wurde hingegen nicht von der Sozialdemokratie, sondern zunächst von den Liberalen repräsentiert, die im protestantisch geprägten Nordwürttemberg Spitzenwerte von über 30% erreichte. Träger dieser Zustimmung zur FDP/DVP waren die dort stark vertretenen kleinen und mittleren Selbständigen, Gewerbetreibenden und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.<sup>10</sup>

Gleichzeitig konnten die Liberalen aufgrund

- der Schwierigkeiten beim Bestreben, stark widerstreitende liberale Strömungen, insbesondere liberal-demokratischer und nationalliberaler Strömungen, in einer Partei zusammenzuführen
- sowie aufgrund der traditionellen Ausrichtung als Honoratiorenpartei

keine ausreichende Kraft entfalten, die in der Lage gewesen wäre, der Konkurrenz einer sich überkonfessionell ausgerichteten und als bürgerliche Sammlungsbewegung gegen den Sozialismus entfaltenden CDU wirksames Auftreten entgegenzusetzen.<sup>11</sup>

Wie bereits erwähnt, war für die Zustimmung zur Sozialdemokratie weniger die Konfessionsstruktur als der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit maßgeblich, in denen sich die Unterschiede der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes abbildeten. Die besten Ergebnisse erzielte die SPD deshalb in den *„eher industriell geprägten Wahlkreisen rund um Stuttgart sowie Nord- und Mittelbadens. Darüber hinaus gelangen überdurchschnittliche Stimmenanteile im protestantisch-pietistischen Nordschwarzwald – Calw und Freudenstadt – sowie in kleineren Industriestädten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung wie Lörrach, Reutlingen oder auch Mühlacker.“*<sup>12</sup> Gleichwohl besaß die SPD in den 1950er und 1960er Jahren innerhalb der Arbeiterschaft *„nicht den Rückhalt, wie ihn etwa die Christdemokraten von den Katholiken erfuhren. Bei den katholischen Arbeitern profitierte hiervon in erster Linie die CDU, bei den protestantischen Arbeitern CDU, FDP und 1968 auch die NPD.“*<sup>13</sup>

Dass trotz dieser Vorteile für die CDU die erste Landesregierung Baden-Württembergs auf einem Bündnis aus FDP/DVP mit der Sozialdemokratie und dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB-BHE) beruhte und die CDU als stärkste Partei in die Opposition gezwungen wurde, ist insoweit erstaunlich. Hintergrund dessen war jedoch ein erbitterter Streit zwischen Liberalen und Christdemokraten über die Zukunft der Konfessionsschulen, die die Liberalen abschaffen und die Union beibehalten wollte. Die Liberalen versagten einem Bündnis mit der CDU deshalb die Zustimmung und stellten für eineinhalb Jahre den ersten und bislang einzigen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, der nicht Christdemokrat war. Die aufgrund der extremen innerparteilichen Spannungen bei den Liberalen auf Bundes- wie Länderebene zwischen Sozial- und Nationalliberalen zerfallende Landesregierung wurde deshalb ab 1953 durch ein Bündnis aus CDU

---

<sup>9</sup> Eith 2008, a.a.O., S. 107.

<sup>10</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 109.

<sup>11</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 107f..

<sup>12</sup> Eith 2008, a.a.O., S. 107.

<sup>13</sup> Eith 2008, a.a.O., ebd.

und SPD ersetzt, wobei Liberale und Vertriebene weiterhin in der Regierung vertreten blieben.

Der zur Stabilisierung des neuen Bundeslandes geschaffenen Allparteien-Regierung folgte zwischen 1956 und 1966 schwarz-gelbe Landesregierungen, denen zwischen 1966 und 1972 zwei Große Koalitionen folgten, nachdem die dauerhaften innerliberalen Auseinandersetzungen einen Fortbestand des Regierungsbündnisses aus Sicht des neuen Ministerpräsidenten Filbinger unmöglich machten. Zumal die Union zwischenzeitlich bereit war, die Konfessionsschulen in Oberschwaben durch konfessionsunabhängige christliche Gemeinschaftsschulen zu ersetzen.<sup>14</sup>

Zusammengefasst: Die Soziostruktur des neugebildeten Landes Baden-Württemberg begünstigte die Christdemokraten. Denen gelang es zudem in Verbindung mit

- einer überkonfessionellen Ausrichtung als Sammlungsbewegung gegen sozialistische Bestrebungen,
- einer soziostrukturell (SPD) sowie durch innere Spannungen (Liberale) geschwächten Parteienkonkurrenz sowie
- durch die Fähigkeit, über die von ihr gestellten populären Ministerpräsidenten zum Ausgleich zwischen den unterschiedlichen fusionierten Landesteilen beizutragen

und auf diese Weise die Voraussetzungen für den Aufstieg zur originären Landespartei zu schaffen.

#### Der Aufstieg der CDU zur „Landespartei“

*„Die Klippen der Wahl waren souverän gemeistert, die kurzen Turbulenzen des Übergangs ohne sichtbaren Schaden überstanden. Die Maschinen des gut eingespielten, auf christdemokratischen Kurs getrimmten Verwaltungsapparats stampften im Takt. Lustlos und verzagt, von Selbstzweifeln geplagt, segelte das Oppositionsfähnlein hinterher.“<sup>15</sup>*

Mit diesen Worten umschrieb der frühere Regierungssprecher Lothar Späths in seinem Roman des politischen Baden-Württembergs die Realität einer zur dominierenden, zeitweise hegemonialen Landespartei gewordenen CDU. Dieser Aufschwung der CDU zur Mehrheits- und Landespartei in Baden-Württemberg beruhte im Wesentlichen auf folgenden externen und internen Aspekten.

Auf der externen Ebene des parteipolitischen Wettbewerbs gelang es der Union diejenigen liberalen Wähler/-innen aufzufangen und an sich zu binden, die von einer sich in den sechziger und siebziger Jahren zunehmend linksliberal geprägten FDP nicht mehr vertreten fühlten. Auch wenn dieser liberale Kurs, der u.a. auf den „Freiburger Thesen“ der Liberalen beruhte, die Bildung einer sozialliberalen Koalition im Bund und in Folge dessen die Durchsetzung einer Vielzahl wichtiger innen- und außenpolitischen Reformen ermöglichte<sup>16</sup>, reagierten große Teile der *„altliberalen Traditionswähler, der bäuerlich-gewerbliche Mittelstand, Handwerker, Kaufleute sowie kleinere bis mittlere Unternehmer“<sup>17</sup>* darauf mit Ablehnung und Abwanderung zur CDU. Diese insbesondere bei der Wahl 1972 hinzugewonnenen Wähler/-innen gab die CDU auch bei den folgenden Wahlen nicht mehr ab.

Eine Wahl später gelang der CDU zudem der Einbruch in kleinbürgerlich-sozialdemokratische Wählermilieus, die sich durch die postmaterialistische Orientierung und Themensetzung des SPD-Spitzenkandidaten und Vordenkers Erhard Eppler nicht mehr ausreichend gewürdigt und vertreten fühlten.<sup>18</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 110.

<sup>15</sup> Manfred Zach 1997, Monrepos oder die Kälte der Macht, Tübingen, S. 133.

<sup>16</sup> Vgl. Heino Kaack 1976, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriß und Materialien, Meisenheim am Glan.

<sup>17</sup> Eith 2008, a.a.O., S. 111.

<sup>18</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 114.

Die so hinzugewonnenen protestantischen und städtischen Wähler/-innen bildeten den Rahmen für die von Filbinger durchgesetzte Professionalisierung der CDU, deren Entscheidungsstrukturen durch Zentralisierung einerseits gestärkt wurden, während zugleich ein ausgeklügeltes regionales und politisches Proporzsystem entwickelt wurde, das bis heute Relevanz hat – insbesondere deshalb, weil es mit ausreichender Flexibilität behandelt wird.<sup>19</sup>

Nicht zuletzt konnte die Union in den siebziger Jahren die baden-württembergischen Landtagswahlen als Plebiszite gegen die sozialliberale Bundesregierung nutzen und damit die bürgerlich-konservative Mehrheit im Land erfolgreich mobilisieren.

Kurz gefasst gelang es der CDU, das Zentrumserbe zu überwinden und von einer ländlich ausgerichteten Partei zu einer Landespartei zu werden, die sowohl im ländlichen Raum als auch in der städtisch-industriellen Arbeitswelt mehrheitsfähig war. Dies sicherte ihr zwischen 1972 und 1984 absolute Mehrheiten bei den Wähler/-innen. Auf Basis der absoluten Mehrheit der Landtagsmandate konnte sie ab 1972 zwanzig Jahre lang ohne Koalitionspartner regieren.

### Die Ausdifferenzierung des politischen Wettbewerbs seit den 1980er Jahren

Wie im gesamten Bundesgebiet folgte dem Konzentrationsprozess des Parteiensystems auch in Baden-Württemberg eine Ausdifferenzierung durch das Aufkommen neuer Parteien, insbesondere der Grünen. Deren parlamentarische Repräsentanz ebenso wie die zeitweise Vertretung der Republikaner im Landtag war jedoch nicht geeignet, die Vormachtstellung der CDU ernsthaft in Frage zu stellen.<sup>20</sup>

Die Entstehung der Grünen verstärkte noch einmal den Druck auf die SPD und verringerte deren eigenständige Machtperspektive. Während die materialistisch geprägten Wähler/-innen des Arbeitermilieus in Richtung CDU und mit dem Aufkommen der Republikaner auch dorthin diffundierten, verlor die SPD im neuen Mittelstand, gebildet aus Beschäftigten in Humandienstleistungsberufen, aber auch gehobenen Angestellten- und Beamtenpositionen, an die Grünen. *„Über zwei Jahrzehnte hinweg konnte die SPD den Spagat zwischen traditioneller Arbeiterschaft und postmaterialistischen Bildungseliten trotz wechselnden Führungspersonal nicht auflösen.“*<sup>21</sup>

Die von Beginn an bürgerlich geprägten Grünen in Baden-Württemberg, die dennoch vor heftigen Konflikten zwischen sogenannten Fundis und Realos nicht gefeit waren<sup>22</sup>, verfolgten spätestens ab 1992 – auch wenn damals eine Machtablösung der CDU ein Ziel des Wahlprogramms war – mit den schwarz-grünen Sondierungsgesprächen das Vorhaben, zu einer Auflockerung der parteipolitisch zementierten Verhältnisse (Raschke) beizutragen, zumal der SPD eine Regierungsfähigkeit kurzerhand abgesprochen wurde. Dieser Kurs, seit einigen Jahren repräsentiert durch den Fraktionsvorsitzenden und Ministerpräsidentenkandidaten für die Landtagswahl 2011, Winfried Kretschmann, ist seitdem unbestritten und in den Medien wurde im Verlauf des Landtagswahlkampfes 2011 darauf hingewiesen, dass die rot-grüne Orientierung bei dieser Landtagswahl sowohl Ironie der Geschichte als auch letztlich Ergebnis eines gescheiterten politischen Projektes Kretschmanns ist, für dessen Scheitern sowohl die Politik von Mappus als auch letztlich die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 verantwortlich ist.

Die Republikaner waren ab 1992 für zwei Wahlperioden im Landtag vertreten und rekrutierten ihre Wählerschaft vor allem im Nordschwarzwald sowie in Nordwürttemberg, rund um Stuttgart. Die höchsten Ergebnisse erzielten sie in Gebieten mit einem hohen Anteil an pro-

---

<sup>19</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 113.

<sup>20</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 115.

<sup>21</sup> Eith 2008, a.a.O., S. 115.

<sup>22</sup> Vgl. Joachim Raschke 1993, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln, S. 249ff.

duzierendem Gewerbe, bei Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern, jüngeren Männern und Kirchenfernen.<sup>23</sup>

Bezogen auf die Ausdifferenzierung des Parteiensystems ist festzuhalten, dass mit Beginn der 1980er Jahre die Entstehung der Grünen und in den 1990er Jahren die Fragmentierung des baden-württembergischen Parteiensystems zunahm. Demgegenüber nimmt der Konzentrationsgrad von CDU und SPD tendenziell ebenso ab, wie die Mobilisierungsfähigkeit. Die nachfolgende Tabelle stellt diese Entwicklung dar. Dabei bezieht sich die Fragmentierung auf die effektive Anzahl der Parteien, der Konzentrationsgrad auf den gemeinsamen Prozentanteil von SPD und CDU an den abgegebenen Wahlstimmen, während die Mobilisierungsfähigkeit den gemeinsamen Prozentanteil der genannten beiden Parteien an der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt umfasst. Die Asymmetrie beschreibt die Differenz zwischen SPD und CDU, die Volatilität den Wechselgrad im Wahlverhalten.<sup>24</sup>

**Tabelle: Konzentrationsgrad und Mobilisierungsfähigkeit von SPD und CDU sowie Grad der Fragmentierung, Asymmetrie und Volatilität im Parteiensystem im Zeitvergleich**

LTW-Jahr	Konzentrationsgrad	Mobilisierungsfähigkeit	Asymmetrie	Fragmentierung	Volatilität
1952	64,0	40,8	8,0	4,0	-
1956	71,5	50,3	13,7	3,4	3,8
1960	74,8	44,1	4,2	3,2	3,9
1964	83,5	56,5	8,9	2,7	4,4
1968	73,2	51,8	15,2	3,2	5,6
1972	90,5	72,4	15,3	2,3	8,7
1976	90,0	68,0	23,4	2,3	1,9
1980	86,7	62,4	20,9	2,5	2,9
1984	84,3	60,0	19,5	2,6	1,4
1988	81,0	58,2	17,0	2,8	0,0
1992	69,0	48,4	10,2	3,7	5,8
1996	66,4	44,9	16,2	3,8	4,0
2001	78,1	48,9	11,5	3,1	5,9
2006	69,4	37,1	-	-	-

Quelle: Eith 2008, a.a.O., S. 115 und 118.

Wie im nachstehenden Abschnitt ausführlicher gezeigt werden wird, kommt die Niederlage der CDU also nicht aus heiterem Himmel. Sie zeichnete sich vielmehr seit Längerem ab.

### **c) Die Mehrheitsverhältnisse nach dieser Landtagswahl: Erosion der CDU und Aufstieg der Grünen**

Bei der Bundestagswahl 1983, der Wahl, mit der Helmut Kohl sich die per Misstrauensvotum errungene Kanzlerschaft betätigen ließ, erreichte die CDU in Baden-Württemberg die Stimmen von 46% der Wahlberechtigten und damit ihr bestes Ergebnis bei allen Wahlen vorher und nachher.

Bei der Landtagswahl 1992 waren es nur noch 27,2% der Wahlberechtigten (bei 29,9% Nichtwählern). Sechzehn Jahre später sank der CDU Anteil auf 23,3% bei einem Nichtwähler-Anteil von 46,6%. 2011 erreichte die CDU die Stimmen von immerhin 25,5% der Wahlberechtigten bei einem Nichtwähleranteil von 33,8%. Die Erosion der CDU geht mit einem Sin-

<sup>23</sup> Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 117.

<sup>24</sup> Vgl. Uwe Juhn/Benjamin Höhne, Das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 341.

ken der Wahlbeteiligung einher, gleichzeitig werden die Ausschläge zwischen Bundestags- und Landtagswahlergebnis größer.

Bei der Bundestagswahl 2002 – Stoiber gegen Schröder – erreichte die CDU mit 34,3% der Wahlberechtigten wieder Anteile wie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Aber bereits 2005, als Angela Merkel mit dem Leipziger Programm um die Kanzlerschaft kämpfte, waren es mit 30,3% weniger als 1998; und 2009, als Angela Merkel zur Kanzlerin einer schwarz-gelben Wunschkoalition gewählt werden wollte, gaben nur noch 24,6% der Wahlberechtigten ihre Stimme der Union – ein durchaus bemerkenswertes Ergebnis im Stammland des Konservatismus.

**Tabelle: Stimmenanteile in von Hundert aller Wahlberechtigten bei Landtags- und Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1983**

	Nichtwähler	CDU	FDP	SPD	Grüne
BTW83	11,6%	46,0%	7,9%	27,2%	6,0%
LTW84	28,8%	36,5%	5,0%	22,8%	5,6%
BTW87	16,9%	38,3%	9,8%	24,1%	8,2%
LTW88	28,2%	34,8%	4,2%	22,7%	5,6%
BTW90	22,6%	35,5%	9,4%	22,2%	4,4%
LTW92	29,9%	27,4%	4,1%	20,3%	6,5%
BTW94	20,3%	34,0%	7,8%	24,2%	7,6%
LTW96	32,4%	27,5%	6,4%	16,7%	8,1%
BTW98	16,9%	30,9%	7,2%	29,2%	7,6%
LTW01	37,4%	27,8%	5,0%	20,6%	4,8%
BTW02	18,9%	34,3%	6,2%	26,8%	9,1%
BTW05	21,3%	30,3%	9,2%	23,3%	8,3%
LTW06	46,6%	23,3%	5,6%	13,3%	6,2%
BTW09	27,6%	24,6%	13,4%	13,8%	9,9%
LTW11	33,8%	25,5%	3,4%	15,1%	15,8%

h.kahrs 2011

schichten der Union. Der eher auf Demobilisierung statt auf Mobilisierung gerichtete Bundestagswahlkampf 2009 führte nicht zu einer Wiederanbindung dieser Schichten.

Gleichzeitig war die SPD aus verschiedenen Gründen keine Alternative für enttäuschte CDU-WählerInnen. Die SPD, das waren immer die anderen, die Roten, die aus dem anderen Lager, zu denen man nicht überläuft.

Zudem: Das Wechselspiel zwischen SPD und CDU hatte sich mit der Großen Koalition im Land erschöpft, die SPD hatte den Sprung in die Staatskanzlei nicht geschafft. Und: unter der Kanzlerschaft Schröders bröckelte die eigene Basis, so dass die SPD erst recht keine anziehende Stärke mehr ausstrahlen konnte.

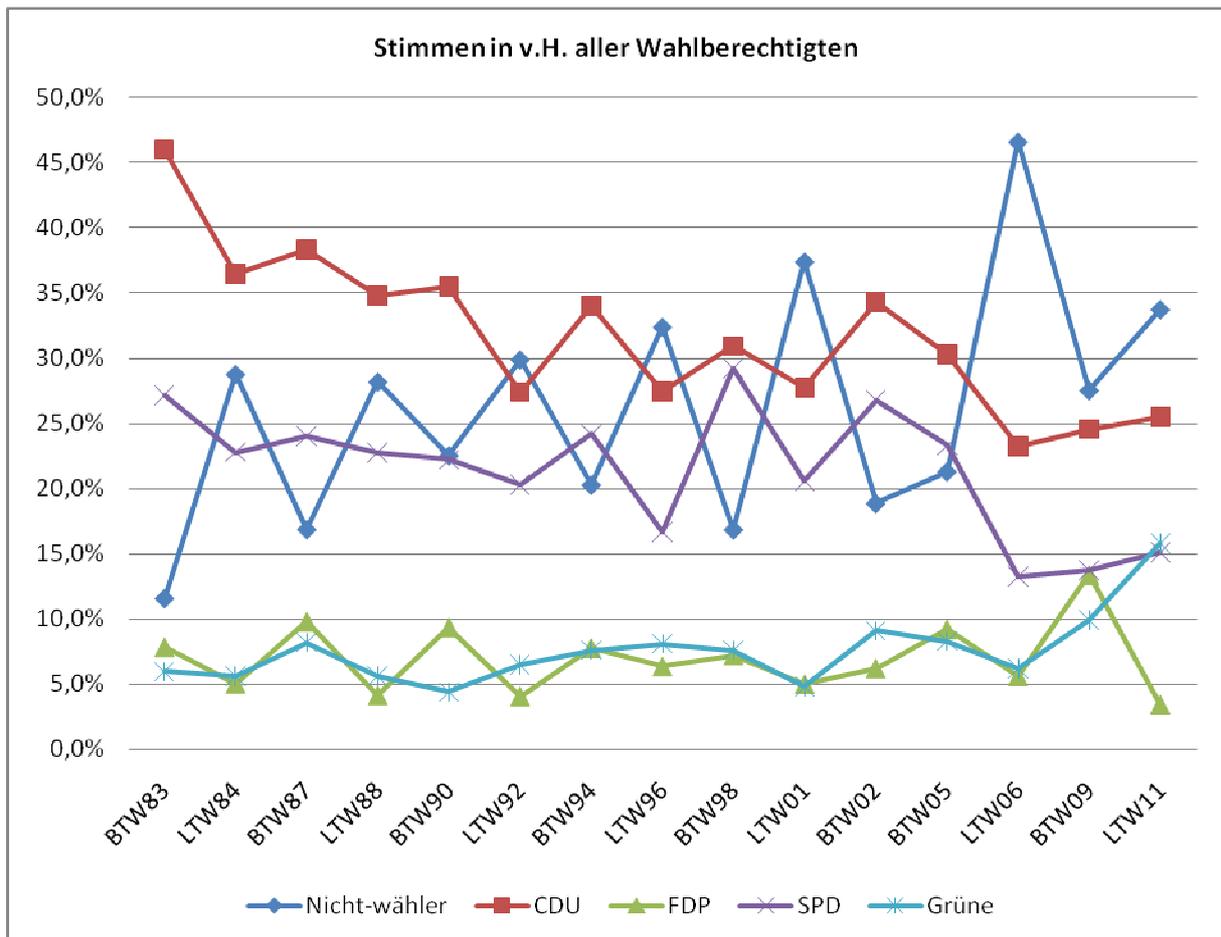
Die Reaktionen aus den Reihen der Handwerker und mittelständischen Betriebe auf die Laufzeitverlängerung der AKWs zeigten, wie stark die Ausrichtung auf grüne Technologien, die energiepolitische Wende in Kreisen der baden-württembergischen Wirtschaft bereits war.

Wenn irgendwo der grüne New Deal zur Abstimmung gestanden hat, dann im jetzt unter dem Eindruck der AKW-Katastrophe im High-Tech-Land Baden-Württemberg. Offensichtlich schaffen es die Grünen, ehemalige CDU-Wähler aus dem Lager der Nichtwähler für sich zu gewinnen.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten erlebte Baden-Württemberg also zunächst einen schleichende Erosionsprozess der „regierenden Partei“, nicht unähnlich dem Schicksal der CSU. Waren es zunächst, Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, die Republikaner, die am konservativen Rand der „modernen“ Späth-CDU „nagten“, so waren es später städtisch-bürgerliche Schichten, die sich von der CDU entfremdeten und sich in Richtung Grüne orientierten. Vorboten waren seit mehr als zehn Jahren auf kommunalen Ebene zu beobachten.

Der Leipziger Parteitag und das wirtschaftsliberale Regierungsprogramm der CDU zur Bundestagswahl 2005 führte zu deutlichen Einbrüchen in den Reihen der von der katholischen Soziallehre geprägten Wähler-

Die Grünen beerben die CDU in entscheidendem Maße deshalb, weil sie entschiedener als die entsprechenden Kräfte in der eigenen Partei für einen neuen, für nachhaltig eingeschätzten Wachstumspfad stehen – gerade weil sie als diejenigen gelten, die am meisten Kompetenz in der Energie- und Umweltpolitik besitzen. Wie dauerhaft diese Hinwendung ist, bleibt abzuwarten.



Joachim Frank bietet in der Frankfurter Rundschau eine überraschende Lesart der soeben empirisch dargelegten Veränderung im bürgerlichen Lager an. Seine These lautet, dass „*sich die politische Erdachse dramatisch verschoben hat: Es gibt ein neues Verständnis des Bürgerlichen, auf das die Union nicht bloß keinen Alleinvertretungsanspruch mehr hat, sondern das sich gar nicht mehr mit ihr verbindet. Damit wird zugleich das Dogma hinfällig, das Franz Josef Strauß aufgestellt hatte: keine demokratisch legitimierte Kraft rechts von der Union. In Rhetorik und Praxis achtet sie bis heute darauf. Aber vor lauter konservativer Folklore (...) hat sie das Wandern der politischen Mitte nicht wahrgenommen. (...) Dabei artikuliert sich die neue Bürgerlichkeit gerade im Widerstand gegen die Atomkraft, ähnlich wie im Protest gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21, den die CDU lange verachtet hat. (...) Das auf die Grünen gemünzte Wort von der Dagegen-Partei ist an einem neuralgischen Punkt auf die Merkel-CDU zurückgefallen.*“<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Joachim Frank 2011, Rot-Grün in der Aufwärtsspirale, in: Frankfurter Rundschau, <http://www.fr-online.de/politik/meinung/gruen-rot-in-der-aufwaertsspirale/-/1472602/8272850/-/index.html>

Drei Parteien stellt das Wahlergebnis vor deutliche Herausforderungen: SPD, FDP und LINKE. Die SPD, zuletzt in der Regierung zwischen 1992 und 1996, hat erneut Stimmen verloren und zieht als wiederum als kleinerer Koalitionspartner, ausgestattet mit dem historisch schlechtesten Wahlergebnis in die Landesregierung ein. Ihr Koalitionspartner ist erneut eine bürgerliche Partei, deren Bereitschaft, bezogen auf die Wählerschaft arbeitsteilig vorzugehen, nur gering ausgeprägt sein wird. Dazu ist die Notwendigkeit der Grünen zu groß, ihren Status als neue Volkspartei über die kommende Wahl zu retten. Es ist also nicht auszuschließen, dass die SPD aus dieser Regierungsbeteiligung am Ende der Wahlperiode erneut nicht gestärkt, sondern nach der kommenden Landtagswahl verstoßen hervorgehen wird, während sich Grüne und Union verspätet und basierend auf einer durch grün-rot vorgenommenen Modernisierung u.a. in der Energiepolitik, zusammenfinden.

Die LINKE verbleibt als außerparlamentarische Opposition, während die FDP mit der CDU die Oppositionsbank drücken wird.

Wie ist der Regierungswechsel in Baden-Württemberg nun einzuordnen? Wir differenzieren in den Wahlnachtberichten hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatik der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Für jeden sichtbar, handelt es sich bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg um einen großen Regierungswechsel. Erstmals nach 58 Jahren und zum zweiten Mal in der baden-württembergischen Geschichte wird ein Ministerpräsident in der Stuttgarter Staatskanzlei amtieren, der nicht der CDU angehört.

In der Auswertung der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011 widmeten wir uns erstmals der Frage nach den Bestimmungsmomenten einer erfolgreichen Wechselstimmung. Wir konstatierten, dass das Entstehen einer Wechselstimmung nicht allein aus der Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung erklärt werden kann. Damit eine Wechselstimmung entsteht und sich durchsetzen kann, bedarf es folglich mehrerer Faktoren. Zudem differiert das jeweils landespolitische Niveau der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit, das zu einem vollständigen Regierungswechsel bzw. einem „kleinen Wechsel“ beitragen kann, stark.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und möglichen Regierungswechseln. In den ersten drei Spalten werden differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gliederung (Land oder Bund) dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht, wiederum gegliedert nach großem Wechsel, kleinem Wechsel und nicht vorgenommenem Wechsel.

**Tabelle: Zufriedenheitswert mit der Regierung und möglicher Regierungswechsel im Vergleich**

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert	Regierungswechsel			Kommentar
			Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65%			X	
RP	2006	60%		X		
SL	2004	60%			X	
BW	2006	58%			X	
SN	2009	58%		X		
SN	2004	56%			X	
HE	2003	55%		X		
NI	2003	52%			X	
HH	2008	49%		X		
HE	1999	48%	X			
BY	2008	48%		X		
HB	2003	48%			X	
SH	2005	48%	X		X	Wechsel nach Simonis-Sturz
SL	2009	43%		X		
Bund	2009	43%		X		
<b>BW</b>	<b>2011</b>	<b>42%</b>	<b>X</b>			
TH	2004	41%		X		
NW	2005	41%	X			
TH	2009	40%		X		
HH	2004	39%	X			
HE	2009	39%			X	
HB	2007	38%	X			
BE	2006	38%			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37%		X		
ST	2006	36%		X		
HE	2008	36%	X			Wechsel kam nicht zustande
BB	2004	35%		X		
NI	2003	34%	X			
Bund	2005	25%	X			

Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahIREPORT, eigene Zusammenstellung.

Im Ergebnis ist zu konstatieren, dass in Baden-Württemberg

- eine Zustimmungsrate von 42% gegenüber der Landesregierung,
- ausgesprochen schlechte Persönlichkeitswerte des amtierenden Ministerpräsidenten (vgl. III.g.) sowie
- die Auffassung, dass es auch in Baden-Württemberg „Zeit für einen Wechsel“ sei, zum großen Regierungswechsels beigetragen haben.

### III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

#### a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

In den „Sonntagsfragen“ zur Landtagswahl zeichnet sich seit dem Beginn des Jahres 2010 eine Veränderung ab.

Die Grünen erhielten erstmals – sieht man von einer Umfrage aus dem Herbst 2008 ab – Werte, die stabil oberhalb von 17% lagen und zeitweise die 30%-Marke erreichten. Erstmals wurde dadurch, in Verbindung mit einer Sozialdemokratie, die Werte zwischen 18% und 26% erreichte, eine ernsthafte Machtoption jenseits der CDU möglich. Damit nicht genug, erschien die Möglichkeit eines ersten grünen Ministerpräsidenten kein Gegenstand von spin-neren Spekulationen, sondern ernsthafte Strategiebildung.

Diese Option wiederum verschreckte deshalb wenig, weil die Grünen in Baden-Württemberg als bürgerlicher und insoweit prädestinierter, wertkonservative Wähler/-innen der Mitte in ein politisches Projekt der CDU-Machtablösung einzubinden, als die SPD. Insoweit kann es als ein nachvollziehbarer und geschickter Schachzug des SPD-Spitzenkandidaten gewertet werden, einen grünen Ministerpräsidenten ebenso wenig auszuschließen, wie auf den eigenen Machtanspruch als Ministerpräsidenten zu verzichten.

**Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage im Zeitraum 2006 bis 2011**

		CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Sonst.
LTW 2006	26.03.2006	44,2	25,2	11,7	10,7	3,1	5,2
Forsa	06.07.2006	43	23	12	12	5	5
Forsa	12.12.2006	44	20	13	12	4	7
Infratest dimap	29.03.2007	41	26	14	9	4	6
Forsa	19.04.2007	40	26	13	12	3	6
Forsa	26.07.2007	43	19	13	12	6	7
Unis Halle, Stuttgart	30.09.2008	39,9	26,0	17,2	10,2	4,8	1,9
Infratest dimap	12.06.2009	40	21	14	15	4	6
Infratest Soz-Forsch	07.07.2009	39	22	15	14	6	4
Infratest dimap	18.02.2010	43	20	17	11	4	5
Allensbach	17.03.2010	43	21	18	8	5	6
Infratest Pol-Forsch	20.04.2010	41	23	17	8	5	6
Infratest Pol-Forsch	27.07.2010	37	25	20	7	5	6
Forsa	01.09.2010	37	24	24	6	4	5
Infratest dimap	08.09.2010	35	21	27	5	5	7
abs Marktforsch.	08.10.2010	28	17	36	8	7	k.A.
TNS Forschung	09.10.2010	34	19	32	6	5	4
Allensbach	19.11.2010	38,0	22,0	26,0	5,0	5,0	4,0
FGW	26.11.2010	39	19	26	5	4	7
Infratest dimap	02.12.2010	39	18	28	5	5	5
Emnid	19.12.2010	41	19	29	4	4	3
Emnid	29.01.2011	40	20	27	5	4	4
Infratest dimap	03.02.2011	39	21	24	6	5	5
FGW	04.02.2011	41	19	25	6	4	5
Emnid	13.02.2011	40	19	25	7	4	5
Emnid	20.02.2011	40	20	23	7	5	5
Uni Freiburg	26.02.2011	41,1	22,7	24,2	6,0	2,8	3,2

		CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Sonst.
Customer Research	26.02.2011	35,0	21,6	21,2	5,2	5,9	11,1
Emnid	27.02.2011	40	23	22	6	4	5
Forsa	02.03.2011	39	26	20	5	4	5
Emnid	04.03.2011	38	25	21	8	4	4
Forsa	11.03.2011	40	26	20	5	4	5
Emnid	12.03.2011	39	24	20	7	5	5
Infratest dimap	14.03.2011	42	22	21	6	4	5
Infratest dimap	17.03.2011	39	22	21	6	4	5
FGW	18.03.2011	38	22,5	25	5	4,5	5
Emnid	20.03.2011	38	22	25	6	4	5
Forsa	24.03.2011	38	24	24	5	4	5
YouGov*	25.03.2011	36	22	26	6	5	5
Emnid	25.03.2011	38	23	25	5	4	5

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>, \*=Online-Panel, d.h. internetbasierte Befragung von gezielt ausgewählten Mitgliedern einer Personengruppe (Befragten-Pool)

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg geriet deshalb nicht zu einer Wiederauflage des rot-grünen Wahlkampfes 2001<sup>26</sup>, als Ute Vogt für die SPD die „Anti-Teufelin“ gab, sondern formierte sich um die Frage, ob ein politischer Wechsel im Ländle möglich sei und wer letztlich als Sieger aus dem Wettkampf hervortreten würde: Der amtierende und glücklose Ministerpräsident Mappus oder seine beiden gleichberechtigten Herausforderer Schmid und Kretschmann.

Die anderen beiden relevanten Parteien, die Liberalen und die LINKEN gerieten angesichts dieser Konfrontation in die Rolle von Zulieferern des politischen Wechsels. Während die Liberalen eine klare Aussage zugunsten einer Fortführung des schwarz-gelben Regierungsbündnisses unterbreitet hatten, aber um den erneuten Einzug in den Landtag bangen mussten, hatte die LINKE sich klar für den politischen Wechsel ausgesprochen und sich als Teil des Wechsellagers präsentiert. Dabei scheute sie auch nicht davor zurück, Regierungsverantwortung direkt oder durch Tolerierung einer rot-grünen Regierung übernehmen zu wollen. Die Parteien SPD und Grüne waren ihrerseits wiederum schlau genug, die wechselwilligen Wähler/-innen – angesichts ungesicherter Mehrheiten – durch ideologische Ablehnung einer Einbeziehung der LINKEN zu verunsichern, sondern die Bedeutung einer rot-grünen Mehrheitssicherung in den Mittelpunkt zu stellen. Die LINKE ihrerseits betonte ihre Wechselbedeutung dadurch, dass nur ihr Einzug eine Mandatsmehrheit der Union, ggf. mit den Liberalen verunmöglichen würde.

<sup>26</sup> Vgl. Oscar W. Gabriel 2002, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 25. März 2001: Fehlschlag einer „Teufelsaustreibung“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2002, S. 10ff.

## b) Ausgeprägte Wechselstimmung und mehrheitliche Unzufriedenheit mit der Landesregierung

Die politische Stimmung vor der Wahl lässt sich auf einen Nenner bringen: Der Wechsel war gewünscht.

Gefragt, ob es Zeit für einen Regierungswechsel sei, oder ob CDU und FDP nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg weiter regieren sollten; sprachen sich gegenüber Infratest dimap beim LänderTREND März II 50% der Befragten für einen Regierungswechsel und 39% für den Fortbestand der schwarz-gelben Landesregierung aus.

**Tabelle: Zeit für einen Regierungswechsel? Nach Parteianhängern (LänderTREND März II)**

	Zeit für einen Regierungswechsel	CDU-FDP-Koalition soll weitermachen
Gesamt	50	39
CDU-Anhänger/-innen	11	87
SPD-Anhänger/-innen	84	12
Grünen-Anhänger/-innen	96	3
FDP-Anhänger/-innen	18	82

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Dieser Wert hatte sich zwischen Dezember 2010 und März 2011 nicht wesentlich verändert, wie nachstehender Tabelle zu entnehmen ist.

Eine deutliche Mehrheit präferierte den Wechsel gegenüber einer Fortführung der schwarz-gelben Landesregierung.

**Tabelle: Zeit für einen Regierungswechsel? Vergleich LänderTREND Dezember 2010 bis März II 2011**

	Zeit für einen Regierungswechsel	CDU-FDP-Koalition soll weitermachen
Dezember 2010	51	39
Februar 2011	49	39
März II 2011	50	39

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg differenzierten im Vorfeld der Landtagswahl deutlich zwischen der Bewertung der allgemeinen Entwicklung des Landes und der konkreten Arbeit der Landesregierung. Befragt nach der allgemeinen Entwicklung in Baden-Württemberg, teilten 66% der für den Baden-WürttembergTREND Dezember 2010 Befragten, die Auffassung, dass die Entwicklung in die richtige Richtung gehe, während 21% eine Entwicklung in die falsche Richtung konstatierten.

Die Regierung Mappus konnte aus dieser Bewertung einer allgemein akzeptierten Wohlfahrtsentwicklung – immerhin stellte Baden-Württemberg trotz der Wirtschaftskrise mit Bayern das Land dar, das in einigen Regionen auf tendenzielle Vollbeschäftigung verweisen konnte<sup>27</sup> – keinen Vorteil ziehen.

Die Zufriedenheit mit der Landesregierung lag im März bei 42% während 56% mit der Landesregierung unzufrieden waren. Dabei liegt es nahe, dass CDU- und FDP-Anhänger/-innen der Landesregierung vergleichsweise gute Noten gaben, während die Anhänger/-innen der Oppositionsparteien wesentlich unzufriedener waren. Doch selbst bei den FDP-Anhänger/-innen lag die Zufriedenheit mit der Landesregierung mit 49% unter dem Wert der Unzufriedenheit (51%).

<sup>27</sup> <http://www.swr.de/contra/-/id=7612/nid=7612/did=7707052/1wqvjsk/>.

**Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung**

	sehr zufrieden / zufrieden	weniger zufrieden / gar nicht zufrieden
Gesamt	42	56
CDU-Anhänger/-innen	79	20
SPD-Anhänger/-innen	25	74
Grünen-Anhänger/-innen	8	92
FDP-Anhänger/-innen	49	51

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Diese negative Wert hatte auch Auswirkungen auf die Persönlichkeitswerte des seit März 2010 amtierenden Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Mit 37% Zufriedenheit gegenüber 44% Unzufriedenheit konnte auch der Amtsinhaber nicht auf einen Sympathie- oder Amtsbonus hoffen, der möglicherweise Sogwirkung beim Urnengang zu erzeugen in der Lage wäre.

**Tabelle: Zufriedenheit mit Ministerpräsident Mappus (LänderTREND September 2010)**

	sehr zufrieden / zufrieden	weniger zufrieden / gar nicht zufrieden
Gesamt	37	44
CDU-Anhänger/-innen	72	18
SPD-Anhänger/-innen	40	45
Grünen-Anhänger/-innen	16	70
FDP-Anhänger/-innen	37	46
LINKE-Anhänger/-innen	6	83

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Dabei waren die Ausgangswerte von Mappus im Frühjahr 2010 nicht schlecht. Dem bis dahin als Vorsitzender der Unionsfraktion im Landtag zum Ministerpräsidenten gewählten Mappus gaben - von Infratest dimap danach befragt, ob er ein besserer Ministerpräsident sein werde als sein Vorgänger Günter Oettinger – 46% der Befragten einen Kredit und vertraten die Auffassung, dass er ein besserer Ministerpräsident sein werde. 21% gaben an, dass er sich nicht positiv von Oettinger abheben werde. Ein knappes Drittel der Befragten (33%) gab wiederum an, Mappus nicht zu kennen, bzw. sich kein Urteil dazu zu erlauben („Weiß nicht“).

Gegenüber der gleichen Fragestellung von Infratest dimap im September 2009 stellten diese Werte eine erhebliche Steigerung dar, denn damals glaubte nur gut jeder Vierte der Befragten (26%), Mappus werde ein besserer Ministerpräsident als Oettinger, wiederum jeder Vierte (25%) glaubte, Mappus werde nicht besser als Oettinger sein und fast jeder Zweite (49%) kannte Mappus nicht oder gab „Weiß nicht“ zur Antwort.

**Tabelle: Interesse an der Landtagswahl**

	Sehr stark	stark	weniger	gar nicht
LänderTREND März	24	35	30	11
LänderTREND März II	28	40	25	7

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Dementsprechend hoch war auch das Interesse an der Landtagswahl selbst. Während Anfang März 59% der Befragten sehr starkes oder starkes Interesse an der Landtagswahl äußerten, waren dies zwei Wochen vor der Landtagswahl bereits 68%. Auch wenn das Interesse an der Landtagswahl naturgemäß in der Schlussphase des Wahlkampfes zunimmt, können folgende Aspekte dem Wahlinteresse zuträglich gewesen sein:

- die Tatsache, dass diese Landtagswahl tatsächlich eine Wahlentscheidung bedeuten könne, im Sinne des mehrheitlich gewünschten Wechsels
- die Debatte um die Zukunft der Atomkraft und die Stilllegung der sieben ältesten Atomkraftwerke.

**Tabelle: Interesse an der Landtagswahl nach Parteianhängern (LänderTREND März)**

	Sehr stark / stark	weniger stark / gar nicht
Gesamt	59	41
CDU-Anhänger/-innen	73	27
SPD-Anhänger/-innen	72	28
Grünen-Anhänger/-innen	84	16
FDP-Anhänger/-innen	53	47

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

### c) Wahlentscheidende Themen und Kompetenzen der Parteien

Anders als in den ostdeutschen Bundesländern nimmt das Thema Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit in der Aufzählung der wahlentscheidenden Themen Baden-Württembergs keine wesentliche Rolle ein.

Vielmehr waren die Schul- und Bildungspolitik sowie die Energie- und Umwelt, nicht zuletzt auch die Atompolitik Themen, die aus Sicht der Wahlberechtigten im Vorfeld der Landtagswahl eine wichtige Rolle einnahmen.

**Tabelle: Wahlentscheidende Themen**

	sehr wichtig		wichtig		weniger wichtig		gar nicht wichtig	
	Mrz	Mrz II	Mrz	Mrz II	Mrz	Mrz II	Mrz	Mrz II
Schul- und Bildungspolitik	55	53	36	38	6	8	3	1
Energie-, Umwelt-, Atompolitik	39	49	49	38	10	10	2	1
Wirtschaftspolitik	33	34	53	51	10	13	3	1
Stuttgart 21 / Verkehrspolitik	21	16	35	33	31	37	12	13
Familienpolitik / Kinderbetr.	42	-	42	-	13	-	3	-

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Werden die Themen im Zeitverlauf betrachtet, so zeigt sich, dass die Bedeutung des Themenfeldes Schul- und Bildungspolitik im Vergleich zum Thema Energie-, Umwelt- und Atompolitik abnahm, während letzteres Thema an Bedeutung gewann. Dies ist sicherlich der in Folge der japanischen Atomkrise auch in Deutschland an Fahrt gewonnenen Debatte um die Zukunft der sieben ältesten deutschen Atommeiler sowie der Kritik am Ausstieg von schwarz-gelb aus dem Atomausstieg geschuldet. Darauf wird nachstehend noch eingegangen werden.

Infratest dimap veröffentlichte am Wahlabend im Rahmen der für die ARD vorgenommenen Wahlberichterstattung Daten, die eine deutliche Bedeutungssteigerung für das Themenfeld Umwelt- und Energiepolitik beinhalten.

Danach gaben 45% der Befragten an, dass die Umwelt- und Energiepolitik für sie wahlentscheidend sei, für 34% war die Wirtschaftspolitik wahlentscheidend, für 23% das Themenfeld soziale Gerechtigkeit und die Bildungspolitik für 22%. Dass Mehrfachnennungen möglich waren, ergibt sich aus der Summe der Prozentwerte.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-wahlentscheidend.shtml>.

Dass die Atompolitik bzw. Umweltpolitik das wichtigste Problem im Land sei, fanden vor dieser Landtagswahl immer 47% der von infratest dimap Befragten. Dies stellt eine Steigerung der Bedeutung um immerhin 40% gegenüber der Landtagswahl 2006 dar. Demgegenüber hatte das Thema Arbeitslosigkeit mit einem Wert von 17% um 48% an Bedeutung gegenüber 2006 abgenommen. Etwas flapsig ließe sich formulieren, dass die innere Einheit Deutschlands dann hergestellt ist, wenn auch in den ostdeutschen Ländern die Bedeutung dieses Themas auf dem heutigen baden-württembergischen Niveau angelangt ist. Die Bildungspolitik lag mit 34% um 7% höher in der Problembedeutung als bei der Landtagswahl 2006.<sup>29</sup>

Ebenfalls am Wahlabend veröffentlichte infratest dimap eine Darstellung der Kompetenzen der Parteien aus Sicht der Wahlberechtigten. Anders als im ca. zwei Monate später erscheinenden WahlREPORT wurden bei dieser Darstellung nach Parteien nur ausgewählte Kompetenzfelder veröffentlicht, wie nachstehende Tabelle zeigt.

**Tabelle: Kompetenzen der Parteien**

	CDU		SPD		Grüne		FDP		LINKE	
	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006
Wirtschaft	53	63	25	14	-	-	6	7	-	-
Arbeitsplätze	-	-	29	20	-	-	2	6	1	1
Gute Bildungspolitik	34	45	38	30	11	5	-	-	-	-
Gute Familienpolitik	28	36	-	-	16	10	-	-	-	-
Gute Umweltpolitik	-	-	-	-	69	58	-	-	-	-
Soziale Gerechtigkeit	-	-	49	43	10	7	-	-	4	3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kompetenz.shtml>.

#### d) Die Kontroverse um das Bahnprojekt Stuttgart 21

Während die Wahlbürger/-innen der CDU bei Wirtschaft und Jobs nach wie vor den eindeutig höchsten Sachverstand attestieren, gelang es der CDU bei dem weit über Baden-Württemberg hinausreichenden Streitthema „Stuttgart 21“ nicht, trotz des vom CDU-Mitglied Heiner Geißler erzeugten Schlichterspruchs aus der Defensive zu kommen. Im Gegenteil, die Defizite bei diesem Thema stehen nach Auffassung der Forschungsgruppe Wahlen „exemplarisch für die Leistungsbilanz insgesamt“.<sup>30</sup>

Auch die Tatsache, dass der Schlichterspruch im Dezember des vergangenen Jahres mehrheitlich befürwortet wurde (vgl. nachstehende Tabelle), nützte der Südwest-CDU wenig, denn der Erfolg des Schlichtungsverfahrens erschien weiterhin gegen Mappus durchgesetzt und nicht durch ihn.

**Tabelle: Bewertung des Schlichterspruchs zu Stuttgart 21 (LänderTREND Dezember 2010)**

	Der Schlichterspruch ist alles in allem eher gut	Der Schlichterspruch ist alles in allem eher schlecht
Gesamt	68	24
Befürworter/-in Stuttgart 21	88	7
Gegner/-in Stuttgart 21	41	52

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Befragt von Infratest dimap, wie groß der Einfluss des Bahnprojektes Stuttgart 21 auf die Wahlentscheidung zur Landtagswahl sei, gaben im September 2010 27% der Befragten an,

<sup>29</sup> <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>.

<sup>30</sup> [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl\\_Baden-Wuerttemberg/](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Baden-Wuerttemberg/).

dass das Vorhaben eine „entscheidende Rolle“ einnehme, 53% maßen ihm eine „wichtige Bedeutung“ zu und 15% gaben an, dass das Vorhaben „keine besondere Rolle“ spiele. Auch wenn das Thema Stuttgart 21 eine zeitweise überregionale, sogar bundespolitische Bedeutung einnahm, wäre anzunehmen, dass die Bedeutung des Bahnvorhabens im Hinblick auf die Landtagswahl abnimmt, je weiter die Wähler/-innen von Stuttgart entfernt wohnen. Nach einer Befragung von Infratest dimap im September 2010 nahm das Thema regionsübergreifende eine „wichtige Rolle“ ein. Nur im Hinblick auf die beiden Pol-Enden „entscheidende Bedeutung“ sowie „keine besondere Rolle“ für die Landtagswahl waren Regionsunterschiede zu konstatieren.

**Tabelle: Einfluss von Stuttgart 21 auf die Landtagswahl (LänderTREND September 2010)**

	Großraum Stuttgart	Restliches Baden-Württemberg
Entscheidende Rolle	35	25
Wichtige Rolle	52	53
Keine besondere Rolle	9	17

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

**Tabelle: Zustimmung bzw. Ablehnung des Projektes Stuttgart 21 nach Parteianhänger/-innen**

	Für Stuttgart 21		Gegen Stuttgart 21	
	Sep 10	Dez 10	Sep	Dez
Gesamt	35	54	54	38
CDU-Anhänger/-innen	59	83	28	13
SPD-Anhänger/-innen	39	52	50	38
Grünen-Anhänger/-innen	14	25	80	66
FDP-Anhänger/-innen	54	70	46	27
LINKE-Anhänger/-innen	7	32	71	63

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

### e) Die Kontroverse um die Stilllegung von Atomreaktoren

In der schnelllebigen Nachrichtenwelt hatte das Thema „Stuttgart 21“ zwischen Herbst und Wahltermin bereits an Bedeutung abgenommen – auch wenn in der Woche vor der Wahl eine Untersuchung der Grünen dazu führte, dass das Thema noch einmal in Erinnerung gerufen wurde.<sup>31</sup> Die Grünen legten damit dar, dass der Bahnhof bereits aus heutiger Sicht beim noch nicht abgeschlossenen Stresstest durchgefallen sei.

Wirkte Ministerpräsident Mappus bereits bei Stuttgart 21 wie ein Getriebener der politischen Debatte, so gelang es ihm in der während des Schlussspurts seines Wahlkampfes einsetzenden Atomdebatte in keiner Weise mehr, als handelnder Akteur wahrgenommen zu werden. Dafür war seine Ausgangslage auch zu unkomfortabel.

Noch im Mai 2010 hatte der frisch amtierende Ministerpräsident Baden-Württembergs dem CDU-Umweltminister Norbert Röttgen den Rücktritt nahegelegt. Dieser hatte für den langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie plädiert und sah sich deshalb heftigen Angriffen insbesondere von Mappus ausgesetzt. In der «Bild»-Zeitung sagte Röttgen damals in Richtung Stuttgarter Staatskanzlei: „Herr Mappus muss lernen, dass man sachliche Konflikte sachlich austrägt. Die Zeit ist zu ernst, um jetzt vorrangig Eigenprofilierung zu betreiben“.<sup>32</sup>

<sup>31</sup> <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.studie-der-gruenen-stuttgart-21-bei-stresstest-durchgefallen.f49cbb98-900c-4a4a-a5f3-f093555b50dc.html>.

<sup>32</sup><http://www.nealine.de/news/Politik/Bundestag/roettgen-ruft-zu-mehr-sachlichkeit-in-atomdebatte-auf-23815198-07-BLD-Online.jpg-1937846672.html>.

Nachdem sich Mappus also bei der Atomrechtsnovelle des vergangenen Jahres als Hardliner der Atomkraftbefürworter profiliert hatte, konnte er nunmehr nicht glaubwürdig in das Lager der Freunde der regenerativen Energien wechseln und überzeugend den Übergangscharakter der Atomkraft betonen, wie dies die Bundeskanzlerin als Sprachregelung der Union vorgegeben hatte. Die von ihm angekündigte Einsetzung einer Expertenkommission<sup>33</sup> änderte nichts daran, dass Mappus – wie die ZEIT-online feststellte – in einer Glaubwürdigkeitsfrage saß.<sup>34</sup> Dabei wurde Mappus letztlich auch der Kauf der EnBW-Anteile, die nicht nur aufgrund unzureichender parlamentarischer Beteiligung bereits im Landtag umstritten waren und zu denen widersprüchliche Angaben aus der Staatskanzlei kursierten, zum Nachteil, obwohl damit Stärke demonstriert werden sollte. Denn durch diesen Kauf der Aktienmehrheit am Karlsruher Konzern Energie Baden-Württemberg (EnBW) Anfang Dezember vergangenen Jahres wurde das Land quasi Eigner aller vier Kernkraftwerke im Südweststaat: Neckarwestheim I und II sowie Philippsburg I und II.

Infratest dimap hatte im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz danach gefragt, wie die Debatte über die Atomkraft in den beiden Ländern wahrgenommen wird.

Die Ergebnisse beider Länder unterscheiden sich nicht wesentlich. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass schwarz-gelb bescheinigt wurde, die Sorgen der Bürger/-innen bezüglich der Risiken der Atomkraft lange Zeit nicht ernst genug genommen zu haben. Diese Auffassung vertraten Dreiviertel aller Befragten. Dass die neue Haltung der Bundesregierung in der Atompolitik eher wie ein Wahlkampfmanöver denn als echter Kurswechsel wirke, vertraten mehr als zwei Drittel der Befragten.

**Tabelle: Diskussion über Atomkraft in Deutschland – Vergleich BW / RP**

	Stimme eher zu		Stimme eher nicht zu	
	RP	BW	RP	BW
CDU und FDP haben beim Thema Atomkraft die Sorgen der Bürger/-innen lange nicht ernst genommen.	75	77	20	18
Ich finde den Vorschlag von SPD und Grünen richtig, die sieben ältesten Atommeiler jetzt sofort komplett stillzulegen.	74	71	24	27
In den Kurs von Union und FDP richtig, die sieben ältesten AKWs vorübergehend stillzulegen und dann gründlich zu prüfen, wie es weitergeht.	70	69	27	28
Die neue Haltung der Bundesregierung in der Atompolitik wirkt auf mich eher wie ein Wahlkampfmanöver als ein echter Kurswechsel.	70	68	25	27
Die Grünen haben die Risiken der Kernkraft besser eingeschätzt als andere Parteien.	59	61	36	34
Bundeskanzlerin Merkel zeigt nach der Atom-Katastrophe in Japan Führungsstärke.	50	47	45	45

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend) sowie [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend)

Wiederum von Infratest dimap danach gefragt, ob die Abschaltung zweier AKWs in Baden-Württemberg übertrieben oder angemessen sei, hielt jeder Zweite dies für angemessen (52%), während 15% dies für übertrieben hielten. Immerhin 31% der Befragten vertraten die

<sup>33</sup> <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.atomdebatte-mappus-setzt-expertenkommission-ein.47f06b8c-cda6-40f4-acf2-c56823c4046a.html>

<sup>34</sup> <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/mappus-atomdebatte>.

Meinung, dass es besser sei, statt der zwei AKWs gleich alle vier im Land befindlichen Atommeiler abzuschalten.<sup>35</sup>

**Tabelle: Wann sollte Deutschland die AKW-Nutzung beenden?**

	um 2020	um 2040
Gesamt	71	13
CDU-Anhänger/-innen	66	23
SPD-Anhänger/-innen	78	6
Grüne-Anhänger/-innen	79	2
FDP-Anhänger/-innen	59	31

Quelle: <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>.

Vor die Wahl gestellt, befürworteten laut Infratest dimap 71% aller Befragten eine Beendigung der AKW-Nutzung im Jahr 2020, während sich nur etwas mehr als jeder zehnte Befragte für den Zeitraum 2040 aussprach. Differenziert nach den Anhänger/-innen der Parteien, zeigt sich, dass selbst in CDU und FDP mehrheitlich die AKW-Nutzung bereits im Jahr 2020 befürwortet wurde. Dass bei SPD und Grünen diese Haltung von fast 80% der Befragten vertreten wurde, überrascht nur wenig.

#### f) Ansichten über die Parteien

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Kompetenzen der Parteien sowie die politisch relevanten Themen betrachtet wurden, setzt sich dieser Abschnitt mit Ansichten der Wähler/-innen über die zur Wahl stehenden Parteien auseinander.

Bevor die Sichtweise auf die Parteien Baden-Württembergs, ermittelt durch Infratest dimap, dargelegt wird, wird auf eine Erhebung des genannten Instituts im Rahmen des DeutschlandTRENDS verwiesen. Hierbei wurde erfragt, inwieweit die Deutschen Kenntnis von den durch die Parteien vertretenen Positionen haben.

**Tabelle: Kenntnis der Positionen der Parteien (DeutschlandTREND Februar 2011)**

	Kenne ich		Kenne ich nicht	
	Apr`08	Feb`11	Apr`08	Feb`11
der CDU	64	55	-	43
der SPD	54	50	-	48
der FDP	46	38	-	60
der LINKE	43	36	-	62
der Grünen	58	60	-	38
der CSU	47	34	-	63

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Deutschland/](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Deutschland/)

Die vorstehende Tabelle macht deutlich, dass die Kenntnis der von den Parteien vertretenen Positionen mit Ausnahme der Grünen durchgängig zwischen April 2008 und Februar 2011 abgenommen hat. Dabei bestehen zwischen den Parteien durchaus Unterschiede. Wenn jedoch die Kenntnis der Positionen der LINKEN mit 43% bereits insgesamt am wenigsten stark ausgeprägt ist, fällt eine Abnahme um 7% möglicherweise stärker ins Gewicht als die 11% der CDU, wenn im April 2008 rund zwei Drittel aller Befragten angaben, mit den Positionen der CDU vertraut zu sein und im Februar 2011 immerhin noch mehr als jeder Zweite.

Die nachfolgende Tabelle stellt, basierend auf vorgegebenen Fragen von Infratest dimap, Sichtweisen auf die Parteien in Baden-Württemberg dar. Hierbei ist zu beachten, dass der vorgegebene Fragerahmen eine Kanalisierung der Sichtweisen darstellt. Eine offene Fragestellung hätte sicherlich über diesen Rahmen hinausgehende Sichtweise zur Folge.

<sup>35</sup> <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>.

**Tabelle: Aussagen zu den Parteien**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
hat die Sorgen der Bürger beim Thema Atomkraft nicht ernst genommen	87	-	-	89	-
man weiß bei Mappus nicht, für welche Politik er steht	62	-	-	-	-
vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer	60	-	-	-	-
versteht am meisten von Wirtschaft	52	-	-	-	-
Position zu Stuttgart 21 ist unklar	-	74	-	-	-
Unklares Profil in Baden-Württemberg	-	52	-	-	-
bei wichtigen Auseinandersetzungen spielt sie keine Rolle	-	41	-	-	-
bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	-	60	-	33	-
eine Regierungsbeteiligung der Partei wäre gut	-	-	68	-	-
Echten Kurswechsel in der Atompolitik gibt es nur mit ihnen	-	-	59	-	-
ich fände einen grünen Ministerpräsidenten gut	-	-	51	-	-
sind eine Alternative für alle, von der CDU Enttäuschten	-	-	50	-	-
kümmert sich stark um bestimmte Wählergruppen	-	-	-	80	-
fordert Steuererleichterungen, die nicht zu finanzieren sind	-	-	-	77	-
ist keine Partei für die kleinen Leute	-	-	-	69	-
löst zwar keine Probleme, nennt Dinge aber beim Namen	-	-	-	-	74
ihre Vorstellungen sind unrealistisch und nicht finanzierbar	-	-	-	-	82

Quelle: <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aussagen.shtml>.

Es ist hier nicht der Platz, die Tabelle insgesamt zu bewerten. Deshalb soll allein für die LINKE festgehalten werden, dass nur knapp ein Drittel der Befragten der LINKEN zugestimmt, sich am stärksten um sozialen Ausgleich zu bemühen, während fast zwei Drittel der Befragten diese Funktion der SPD im Land zuschreiben. Dass die Vorstellungen der LINKEN unrealistisch und nicht finanzierbar seien meinen mehr als 80% der Befragten. Dass die LINKE zwar keine Probleme löse, aber die Dinge wenigstens beim Namen nenne meinen knapp drei Viertel der Befragten und liegen damit ungefähr auf dem Niveau der auch in früheren Wahlumfragen von Infratest dimap gemessenen Werten zu dieser Frage – unabhängig ob in Ost- oder Westdeutschland. Wir hatten u.a. im Zusammenhang mit der Wahlanalyse für Brandenburg sowie Thüringen im Jahr 2009 darauf hingewiesen, dass die naheliegende Interpretation dieser Antwortmöglichkeit zu hinterfragen sei. Entgegen der Annahme, dass in der Antwort eine Positionierung dahingehend enthalten sei, dass der LINKEN auch nicht zugetraut wird, die Probleme, die sie benennt zu lösen, schlossen wir aus der Verknüpfung der Antwort auf diese Frage und der Tatsache, dass in den beiden genannten ostdeutschen Ländern eine Regierungsbeteiligung der LINKEN durchaus gewünscht sei, auch angenommen werden kann, dass es sich hierbei zumindest zu einem relevanten Teil um eine sachliche Feststellung handelt: Sie nennt die Dinge beim richtigen Namen, doch löst sie die Probleme noch nicht. Wozu sie die Möglichkeit erhält, z.B. durch ausreichende Ausstattung mit Stimmen für die Beteiligung (Brandenburg, Berlin) oder Federführung in einer Landesregierung (Thüringen, Sachsen-Anhalt).<sup>36</sup>

### g) Persönlichkeitsbewertung

Wir haben im einleitenden Abschnitt zu diesem Kapitel gesehen, dass in Baden-Württemberg eine Wechselstimmung vorherrschte. Von dieser Wechselstimmung profitierten insbesondere die Grünen, wie sich nicht zuletzt in zwei Aussagen des vorangegangenen Abschnittes widerspiegelte:

<sup>36</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2009, Die Landtagswahl in Thüringen 2009. Wahlbericht und erste Analyse: <http://wahlanalysen.wordpress.com/2009/08/31/die-landtagswahl-in-thuringen-2009/> sowie Diess. 2009, Die Landtagswahl in Brandenburg vom 27. September 2009. Wahlbericht und erste Analyse: <http://wahlanalysen.wordpress.com/2009/09/28/die-landtagswahl-in-brandenburg-vom-27-september-2009/>.

- Mehr als zwei Drittel befürworteten eine Regierungsbeteiligung der Grünen. Daraus hätte auch geschlussfolgert werden können, dass damit ein kleiner Regierungswechsel intendiert sei – also die Vollendung der bereits mehrfach durchgeführten schwarz-grünen Sondierungen in Form einer Koalition aus Grünen und CDU.
- Der Fakt, dass jedoch 51% der befragten Wahlberechtigten angaben, einen grünen Ministerpräsidenten gut zu finden, zeigt eindeutig die Orientierung der Wahlberechtigten nicht auf einen kleinen Wechsel, sondern hin zu einem großen Wechsel unter Federführung der Grünen.<sup>37</sup>

In diesem Zusammenhang muss konstatiert werden, dass sich in diesen Ergebnissen ein erheblicher Unterschied zwischen dem Votum für den LINKEN Ministerpräsidentenkandidaten Wulf Gallert in Sachsen-Anhalt und dem grünen MP-Kandidaten Kretschmann ausdrückt. Wurde gerade einmal von knapp jedem Zehnten in Sachsen-Anhalt ein Ministerpräsident der LINKEN gewünscht, präferierte in Baden-Württemberg jeder Zweite einen grünen MP. Dies ist kein Misstrauensvotum gegenüber Wulf Gallert, sondern zeigt, dass der LINKEN zwar in Sachsen-Anhalt die Rolle als zweitstärkste Partei, nicht jedoch zwingend die Führung einer Landesregierung angetragen wurde.<sup>38</sup>

Einschränkend muss jedoch hinzugefügt werden, dass Infratest dimap und die Forschungsgruppe Wahlen hinsichtlich der Zustimmung zu einem grünen Ministerpräsidenten zu deutlich unterschiedlichen Bewertungen im Ergebnis ihrer Befragungen kommen. Die FGW ermittelte, ausweislich ihrer Landtagswahl-Auswertung: „In der Konstellation Mappus versus Winfried Kretschmann (Grüne), beim Ansehen mit 1,0 ebenfalls positiv, geben 36 Prozent dem Amtsinhaber und 32 Prozent dem grünen Kandidaten den Vorzug (weiß nicht: 26 Prozent). In diesem Kontext meinen nur 39 Prozent, dass die Grünen samt Ministerpräsident eine Regierung führen können, 58 Prozent bezweifeln eine grüne Regierungsfähigkeit.“<sup>39</sup> Selbst wenn diese Werte zugrunde gelegt werden, bewegen sie sich oberhalb der Werte, die 2011 in Sachsen-Anhalt und 2009 in Thüringen für die jeweiligen MP-Kandidaten der LINKEN ermittelt wurden.

**Tabelle: Direktwahl des Ministerpräsidenten Mappus vs. Kretschmann sowie Mappus vs. Schmid**

	Stefan Mappus		Winfried Kretschmann		Keinen von Beiden	
	März	März II	März	März II	März	März II
Gesamt	46	39	30	39	15	13
CDU-Anhänger/-innen	89	88	3	7	6	3
SPD-Anhänger/-innen	23	21	54	60	11	10
Grünen-Anhänger/-innen	2	3	92	91	14	5
FDP-Anhänger/-innen	73	60	11	21	5	19
	Stefan Mappus		Nils Schmid		Keinen von Beiden	
	März	März II	März	März II	März	März II
Gesamt	40	37	36	39	10	12
CDU-Anhänger/-innen	88	89	4	5	4	2
SPD-Anhänger/-innen	5	8	86	83	10	3
Grünen-Anhänger/-innen	4	7	85	71	9	16
FDP-Anhänger/-innen	72	50	15	10	1	18

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

<sup>37</sup> <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aussagen.shtml>.

<sup>38</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, Die Wahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011. Wahl Nachtbericht und erste Analyse: <http://wahlanalysen.wordpress.com/2011/03/22/die-wahl-in-sachse-anhalt-2011/>.

<sup>39</sup> [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl\\_Baden-Wuerttemberg/](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Baden-Wuerttemberg/).

Die vorstehende Tabelle zeigt noch einmal deutlich die fehlenden Persönlichkeitswerte des Amtsinhabers Mappus gegenüber seinen Konkurrenten von SPD und Grünen. Lag Mappus Anfang März noch deutlich vor seinen beiden Herausforderern, schmolz dieser Vorsprung – bezogen auf alle Wahlberechtigten gegenüber Kretschmann auf einen Gleichstand (39%) sowie gegenüber dem SPD-Herausforderer auf einen Rückstand um 2 Prozentpunkte zusammen.

Die Forschungsgruppe Wahlen fasste ihre Erkenntnisse wie folgt zusammen: „*Ein signifikantes Manko für Schwarz-Gelb ist schließlich die Kabinettspitze: Stefan Mappus (CDU), dem 46 Prozent einen schlechten Job bescheinigen (gut: 41 Prozent), ist erst der zweite Regierungschef in einem Bundesland überhaupt mit negativer Gesamtbilanz sowie einem negativem Imagewert von minus 0,2, der auf einer scharfen Polarisierung sowie einem starken Glaubwürdigkeits- und Sympathiedefizit basiert.*“<sup>40</sup>

**Tabelle: Profilvergleich zwischen Mappus und Schmid (LänderTREND März II)**

	Stefan Mappus	Nils Schmid
ist die stärkere Persönlichkeit	51	16
passt eher zu Baden-Württemberg	46	26
verstehet mehr von der Wirtschaft	37	14
ist besser mit den Problemen der Bürger vertraut	30	28
gibt in der Öffentlichkeit eine bessere Figur ab	30	38
ist glaubwürdiger	26	31
ist sympathischer	26	41
setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	17	42

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

<sup>40</sup> [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl\\_Baden-Wuerttemberg/](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Baden-Wuerttemberg/).

## IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf den Bundesrat

### a) Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg hat spürbare Auswirkungen auf die Stimmverhältnisse im Bundesrat. Das Mitte-Links-Lager wird um weitere sechs Stimmen in Folge des großen Regierungswechsels in Baden-Württemberg gestärkt. Der kleine Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz verursacht keine Auswirkungen. Das Mitte-Links-Lager verfügt nunmehr über dreißig Sitze, bestehend aus:

- den bislang und künftig rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Baden-Württemberg (6), Rheinland-Pfalz (4) und Bremen (3),
- den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg (jeweils 4) und
- der SPD-Alleinregierung in Hamburg (3).

**Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz**

Land	Stimmen	Schwarz -Rot Große Koalition	Rot- Schwarz	Schwarz -Gelb	SPD- Allein	Rot-Rot	SPD- Grüne Rot-Grün	Grüne- SPD	Jamaika
BW								6	
BY	6			6					
BE	4					4			
BB	4					4			
HB	3						3		
HH	3				3				
HE	5			5					
MV	3		3						
NI	6			6					
NW	6						6		
RP	4						4		
SL	3								3
SN	4			4					
ST	4	4							
SH	4			4					
TH	4	4							
<b>Gesamt</b>	<b>69</b>	<b>8</b>	<b>3</b>	<b>25</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>13</b>	<b>6</b>	<b>3</b>
		<b>11</b>					<b>19</b>		

Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 verfügen Union und FDP im Bundesrat über keine Mehrheit mehr. Die von ihnen regierten Länder stellen seit den Wahlen vom 27. März zusammen noch 25 der insgesamt 69 Stimmen.

Das „neutrale“ Lager hat – sofern im Ergebnis der schwarz-roten Sondierungen in Sachsen-Anhalt ein Bündnis aus CDU und SPD gebildet werden sollte – 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thürin-

gen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar.

Ein Bündnis als SPD und LINKEN in Sachsen-Anhalt, das rechnerisch möglich ist, könnte das „neutrale“ Lager zugunsten des rot-rot-grünen Lagers um vier Sitze reduzieren. Eine tatsächliche rot-rot-grüne Alternative im Bundesrat zur schwarz-gelben Bundesregierung wäre auch dies nicht, doch es könnte – im Falle eines Regierungswechsels in Mecklenburg-Vorpommern eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat ab dem Herbst 2011 ermöglichen.

## b) Bestimmungsmomente der Wahlniederlage der LINKEN in Baden-Württemberg

Die LINKE hat ihr Wahlziel eindeutig verfehlt und bei dieser Landtagswahl schlecht abgeschnitten. Es gelang ihr zwar in Folge einer gestiegenen Wahlbeteiligung an absoluten Stimmen im Vergleich zur vergangenen Landtagswahl hinzuzugewinnen, doch das tatsächliche Wahlziel, wie auch in Rheinland-Pfalz, der Einzug in den Landtag – wurde nicht erreicht.

Wenn davon auszugehen ist, dass die LINKE in Baden-Württemberg und ihre Wähler/-innen eine Abspaltung des sozialdemokratischen Wähler/-innenmilieus darstellen, als eine eigenständige Formation der Wähler/-innenschaft, dann treffen auf die LINKE die gleichen strukturellen Probleme des ländlich geprägten Baden-Württembergs zu, wie auf die SPD.

Grundsätzlich hat die LINKE nur wenig Möglichkeiten Einfluss zu nehmen darauf, dass Baden-Württemberg im Wandel des Parteiensystems geprägt ist durch die Erosion der CDU und einen Wechsel im bürgerlichen Lager, hin zu den Grünen, womit sich keine Adressatenschaft der LINKEN verbindet. Die tektonischen Verschiebungen finden also nicht, wie 2005 ff. zwischen der SPD und der LINKEN, sondern im bürgerlichen Lager statt.

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, würde das verfehlt Wahlziel der LINKEN allein auf soziostrukturelle Schwierigkeiten im Land reduziert. Auch das Wahlsystem mit der Fragmentierung in siebenzig Wahlkreisen, das Parteien mit einer flächendeckenden Organisationsstruktur bevorzugt, war zwar für die LINKE von Nachteil, aber nicht das bestimmende Moment für das schlechte Abschneiden.

Wie bereits im Abschnitt III dargelegt, kristallisierten sich als wahlentscheidende Themen die Bereiche Umwelt- und Energiepolitik heraus, denen gegenüber Fragen sozialer Gerechtigkeit weit in den Hintergrund traten. Erinnerung sei daran, dass gegenüber der Wahl 2006 das Thema Arbeitsmarktpolitik laut Infratest dimap um 48% als wichtiges Problemfeld im Land abgenommen hatte. Die aus dem Abschnitt III wiederholte Tabelle zeigt die wahlentscheidenden Themen erneut.

**Tabelle: Wahlentscheidende Themen**

	sehr wichtig		wichtig		weniger wichtig		gar nicht wichtig	
	Mrz	Mrz II	Mrz	Mrz II	Mrz	Mrz II	Mrz	Mrz II
Schul- und Bildungspolitik	55	53	36	38	6	8	3	1
Energie-, Umwelt-, Atompolitik	39	49	49	38	10	10	2	1
Wirtschaftspolitik	33	34	53	51	10	13	3	1
Stuttgart 21 / Verkehrspolitik	21	16	35	33	31	37	12	13
Familienpolitik / Kinderbetr.	42	-	42	-	13	-	3	-

Quelle: [www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend)

Für die Wähler/-innen der LINKEN in Baden-Württemberg war im Ranking der wahlentscheidenden Themen nicht Umwelt- und Energiepolitik, sondern mit 62% das Thema soziale Gerechtigkeit vordringlich. Für die Wähler/-innen der anderen Parteien, außer der FDP, stand das Themenfeld Umwelt- und Energiepolitik stärker im Vordergrund als bei den LINKEN. Dass die Wähler/-innen der Grünen das Thema zu 85% als wahlentscheidend ansahen, überrascht nicht. Doch auch die Wähler/-innen der CDU (58%) und der SPD (55%) maßen diesem Thema eine höhere Bedeutung bei.

Dies kann zweierlei bedeuten: Die Wähler/-innen der LINKEN haben eine eigene Agenda und Vorstellung davon, wofür die LINKE steht und stehen soll. Sie hat also einerseits eine Funktion in den Augen ihrer Wähler/-innen, die mit dem Begriff „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ umschrieben wird. Andererseits könnte es jedoch sein und davon gehen wir in diesem Wahlnachtbericht aus, dass sie vor dem Hintergrund der dominierenden Themenagenda nicht in der Lage war, in der laufenden politischen Auseinandersetzung in den Augen potenzieller oder früherer Wähler/-innen einen adäquaten Gebrauchswert deutlich zu machen.

Mit anderen Worten: Potenzielle Wähler/-innen der LINKEN, denen das Themenfeld Umwelt- und Energiepolitik sowie die Durchsetzung der Energiewende wichtig ist, fanden bei der LINKEN keine ausreichende Heimat und wechselten deshalb entweder zu anderen Parteien, insbesondere den Grünen oder blieben zu Hause. Denn der LINKEN war es nicht gelungen, die Energiewende und den Atomausstieg mit Aspekten sozialer Gerechtigkeitspolitik nachvollziehbar und glaubhaft zu verbinden. Statt dessen stellte sie sich als die radikalere bzw. konsequentere Atomausstiegspartei dar. Mit dieser Positionierung begab sich die LINKE auf das Spielfeld der Grünen und stellte den Wähler/-innen anheim zu entscheiden, wem sie den Ausstieg aus der Atomenergie am ehesten zutrauen würden. Diese Frage haben die Wähler/-innen eindeutig beantwortet – wie nicht anders zu erwarten, wählten sie das Original, also die Partei, die am intensivsten mit diesem Thema verbunden ist.

Die LINKE konnte nicht deutlich machen, dass die Energiewende mit schwerwiegenden sozialen Umwälzungen verbunden sein wird und die Fragen sozialer Gerechtigkeit neu aufwerfen wird: von den Energiepreisen bis hin zur Qualität der Arbeitsplätze.

Hinzu kommt die zunehmend realistischer werdende Option eines tatsächlichen Wechsels, also der Überwindung der CDU-Regierung. Es wurde, auch durch einen der Autoren dieses Wahlnachtberichtes, für möglich gehalten, dass die LINKE in Baden-Württemberg analog zum erst- und einmaligen Einzug der PDS in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 1998 in Folge des Regierungswechsels von Kohl zu Schröder, als Teil des Wechsels in den Landtag gespült würde. Diese Annahme hat sich nicht erfüllt. Statt dessen muss konstatiert werden, dass diejenigen Wähler/-innen der LINKEN, die den Wechsel wollten ihn auch taktisch herbeizuführen versuchten – mit der Stimmabgabe zugunsten der Grünen. Dabei spielte sicherlich auch die Aussicht erstmals einen Grünen zum Ministerpräsidenten zu wählen eine Rolle. Denn in Rheinland-Pfalz, wo diese Aussicht nicht bestand, wechselten deutlich weniger LINKEN-Wähler/-innen zu den Grünen, bei ebenfalls deutlich gestiegenem Wähler/-innenanteil für diese Partei.

Die SPD war nicht das Ziel wahltaktischer Überlegungen vormaliger LINKEN-Wähler/-innen, wie die Wählerwanderungsbilanz im nächsten Abschnitt zeigt. Diejenigen, auch innerhalb der Partei DIE LINKE., denen die LINKE immer noch vor allem als ein Instrument der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie dient, könnten möglicherweise aus dem Wahlergebnis in Baden-Württemberg eine Lehre ziehen: Gegebenenfalls war es für diejenigen, die der SPD mit ihrer Stimmabgabe „eins auswischen“ wollten, sinnvoller, die Grünen statt der LINKEN zu wählen.

Das Wahlverhalten der LINKEN-Wähler/-innen und die – zum Beispiel zu Nordrhein-Westfalen deutlich geringere Mobilisierungsfähigkeit – zeigt, dass der Bruch mit den etablierten Parteien vom größeren Teil der LINKEN-Wähler/-innen nicht in dem Maße vollzogen wurde, wie durch einzelne Bundespolitiker/-innen mit der Losung „Mit der Stimme für DIE LINKE. ein Zeichen setzen“ vorausgesetzt wird. Möglicherweise wollten potenzielle oder bisherige LINKEN-Wähler/-innen mit ihrer Stimme vielmehr Einfluss nehmen und nicht allein ein Zeichen setzen. Sie wählten deshalb nicht die LINKE oder eben die Grünen.

Für den Landesverband, der ernsthaft auf einen eigenen Anteil am politischen Wechsel hinarbeitete, ist dies umso bedauerlicher. Ihm ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, zu verdeutlichen, inwiefern die LINKE Teil des Wechsels und neuer Konstellationen im Landtag sein könne. Bis zur Etablierung als Landespartei ist es noch ein weiter Weg. Er kann im Falle des Erfolgs jedoch nachhaltiger sein als bei anderen Parteien, die im Landtag nur Gäste blieben.

## V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

### a) Die Wähler/-innenwanderung<sup>41</sup> und Wähler/-innenmobilisierung

Die Analyse der Wählerwanderung von Infratest zeigt, dass die Grünen von allen Parteien gewonnen haben. Die größten Gewinne kommen aus dem Lager der (bürgerlichen) Nichtwähler und von der SPD. Es folgen CDU und FDP – und auch 33.000 Stimmen von DIE LINKE.

Die CDU hat von der FDP gewonnen, und es ist ihr gelungen, in erheblichen Maße von der CDU enttäuschte Nichtwähler zu gewinnen, vermutlich konservative Wähler, die, von der CDU durchaus nicht überzeugt, doch verhindern wollten, dass die CDU abgewählt wird.

DIE LINKE hat, auf der Basis dieser Wählerwanderungsbilanz, mehr als die Hälfte der WASG- Wähler von 2006 verloren (-35.000), aber entsprechend aus von den Nichtwählern und von CDU und FDP hinzugewinnen (zusammen (+33.000)).

**Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen (in Tsd.)**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Nichtwähl.	Andere
CDU	-	-39.000	-87.000	66.000	-5.000	221.000	-6.000
SPD	39.000	-	-140.000	26.000	1.000	162.000	-3.000
FDP	-66.000	-26.000	-61.000	-	-3.000	15.000	-8.000
Grüne	87.000	140.000	-	61.000	33.000	266.000	25.000
LINKE	5.000	-1.000	-33.000	3.000	0	25.000	-1.000
Nichtwähl.	-49.000	-30.000	-38.000	0	-19.000	-	-8.000
Andere	4.000	2.000	2.000	3.000	0	8.000	-

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / Lesehilfe: In Zeile vier ist ablesbar, dass Die Grünen von allen Parteien Stimmen gewonnen haben, darunter 140.000 von der SPD und 33.000 von der LINKEN.

**Tabelle: Absolute Stimmen 2006 und 2011**

	absolute Stimmen		Veränderung	in v.H.
	LTW 2006	LTW 2011		
WählerInnen	4.012.441	5.049.157	1.036.716	25,8%
CDU	1.748.766	1.942.404	193.638	11,1%
SPD	996.207	1.151.859	155.652	15,6%
FDP	421.994	262.520	-159.474	-37,8%
Grüne	462.889	1.205.508	742.619	160,4%
WASG/LINKE	121.753	139.606	17.853	14,7%
Sonstige	209.006	278.217	69.211	33,1%

Quelle: hkahrs 2011

<sup>41</sup> Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

Angesichts der gestiegenen Wahlbeteiligung haben fast alle Parteien Stimmen hinzugewonnen. Gemessen am Anstieg der Zahl der WählerInnen um 25,8% gewannen allein die Grünen und die Sonstigen – hier die Piraten-Partei mit gut 103.000 Stimmen – überdurchschnittlich hinzu. Alle anderen Parteien verzeichneten einen unterdurchschnittlichen Anstieg. DIE LINKE steigerte die WASG-Stimmen von 2006 um 14,7%. Als einzige Partei verlor die FDP auch absolut Stimmen. Diesen Sachverhalt zeigt die vorstehende Tabelle.

Auffällig bei dieser Landtagswahl in Baden-Württemberg ist, dass es den drei großen Parteien im Lande gelungen ist, mehr Wählerstimmen zu gewinnen als bei der Bundestagswahl 2009.

Bei der Landtagswahl 2006 gingen nur 67,7% der WählerInnen der Bundestagswahl zur Wahl, 2011 waren es 91,3%. 2006 konnten CDU, FDP und Grüne einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil an den Bundestagswahlstimmen halten, bei SPD und LINKE war er unterdurchschnittlich. Bei der Landtagswahl machte die Stimmenzahl für die WASG 55,6% der Stimmen für die Linkspartei bei der Bundestagswahl aus.

Bei der jetzigen Landtagswahl erzielten CDU, SPD und Grüne mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl – zu Lasten der FDP und der LINKEN. Die LINKE konnte nur 35,8% der Stimmen von der Bundestagswahl 2009 erzielen. Das ist ein niedriger Wert gegenüber dem Verhältnis LTW 2006 zu BTW 2005, aber auch den Erfahrungen anderer Landtagswahlen (NRW 2010: 55%)

**Tabelle: Mobilisierungsgrad der Parteien bei der Landtagswahl**

	LTW06/BTW05	LTW11/BTW09
Wahlberechtigte	99,8%	99,9%
WählerInnen	67,7%	91,3%
CDU	76,6%	103,6%
SPD	56,8%	109,6%
FDP	60,8%	25,7%
Grüne	74,3%	159,5%
LINKE	55,6%	35,8%
Sonstige	84,1%	79,9%

Quelle: hkahrs 2011

## b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses

Die nachfolgende Übersicht stellt dar, wie die Parteien in Gebieten mit unterschiedlich hohem Grad an Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung abgeschnitten haben. Leider standen diese Daten von Infratest-dimap bis zum Redaktionsschluss dieses Wahlnachtberichtes nicht zur Verfügung und werden deshalb im Verlauf der kommenden Tage nachgetragen.

Partei	Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
LINKE			
Partei	Wahlbeteiligung in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
LINKE			
Partei	Einwohnerdichte in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
LINKE			

Quelle: [http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/logi-\(...\).shtml](http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/logi-(...).shtml)

### c) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses

Tabelle: Wer wähle wen? Vergleich von Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
<b>Forschungsgruppe Wahlen</b>					
Frauen	38	23	27	5	3
Männer	38	24	23	6	3
<i>Alter</i>					
unter 30	33	22	26	4	3
30-44	33	20	32	5	3
45-59	31	24	31	5	4
60 u. älter	49	26	15	6	2
<i>Beruf</i>					
Arbeiter	40	27	17	4	4
Angestellte	36	25	27	4	3
Beamte	36	27	28	5	2
Selbständige	44	13	28	9	2
<i>Bildung</i>					
Hauptschule	46	28	13	5	2
Mittlere Reife	39	24	24	4	3
Abitur	33	22	32	5	3
Hochschule	31	20	36	7	2
<b>Infratest dimap</b>					
Frauen	39	27	23	4	2
Männer	39	23	22	6	3
<i>Alter</i>					
18-24	31	22	24	4	2
25-34	33	20	28	5	3
35-44	33	19	32	5	3
45-59	32	23	31	5	4
60 u. älter	50	26	14	5	2
<i>Status/Beruf</i>					
Arbeiter	37	24	18	4	5
Angestellte	34	22	29	5	3
Selbständige	44	22	31	9	1
Rentner	49	27	15	5	2
Arbeitslose	23	22	26	4	12

Quelle: tagesschau.de, zdf.de 27.03.2011 / h.kahrs 2011

## Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

### Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

### Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

**<http://wahlanalysen.wordpress.com>**

Die Wahlanalysen können zudem unter [www.benjamin-hoff.de](http://www.benjamin-hoff.de) abgerufen werden.

### Zu den Autoren

*Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er arbeitet derzeit für DIE LINKE als Staatssekretär Senat von Berlin. Er lebt zugleich in Berlin.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

### Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 27./28. März 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*